

## NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
der Universitätsstadt Marburg  
am Freitag, 25. November 2011, 16:00 Uhr,  
im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

### Anwesenheit:

<b>SPD:</b>	Backes, Büchner, Daser, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk
<b>CDU:</b>	Brunnet, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Muth, Pfalz, Range, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stompfe, Stötzel, Vaupel
<b>GRÜNE:</b>	Dr. Baumann, Busch, Dorn, Göttling, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Schäfer, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz
<b>Marburger Linke:</b>	Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske
<b>FDP:</b>	Wüst
<b>MBL:</b>	Becker, Dr. Uchtmann
<b>BFM</b>	Suntheim-Pichler
<b>PIRATEN</b>	Klee

### Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel  
Bürgermeister Dr. Kahle  
Stadträtin Dr. Weinbach

### Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver  
Stadtrat Hertlein  
Stadträtin Laßmann  
Stadträtin Oppermann  
Stadtrat Rehlich  
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek  
Stadtrat Sprywald  
Stadtrat Stürmer

### **Es fehlten entschuldigt:**

Stadtverordnete Böttcher, Dehmel, Dinnebier (SPD), Heck, (CDU), Sawalies (FDP),  
Stadtrat Reinhard und Stadträtin Schulze-Stampe.

**Schriftführer:** Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:09 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Besonders begrüßt wird die Klasse 12 der Martin-Luther-Schule, Leistungskurs Politik, unter der Leitung von Herrn Körner.

Anschließend spricht der Stadtverordnetenvorsteher Worte des Gedenkens zu den verwerflichen terroristischen Aktionen der rechtsextremen Szene in der Bundesrepublik Deutschland und dem offensichtlich vorhandenen unterstützenden Netzwerk. Er spricht sich im Namen des gesamten Hauses dafür aus, dem rechtsradikalen Gedankengut, dem Terror und der rassistischen Gewalt entschieden entgegen zu treten. Trauer und Mitgefühl für die Opfer und deren Angehörigen wird ausgesprochen. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, weitere Schritte zu unternehmen, um auf allen gesellschaftlichen Ebenen diesem rechtsradikalen Gedankengut entgegenzutreten. Der Magistrat wird in der nächsten Zeit besonders dazu berichten. Dies wurde im Ältestenrat vereinbart.

Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und gedenken in einer Schweigeminute den Opfern. Die Namen der Ermordeten sind in Form eines Bildes auf eine Leinwand projiziert.

Auch der Oberbürgermeister spricht sich in einem Redebeitrag ausdrücklich gegen rechtsradikales Gedankengut und rassistisch begründete Gewalt aus und versichert Opfern und Angehörigen das empfundene Mitgefühl.

---

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Oktober 2011 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche aus dem Hause werden nicht vorgetragen. Somit ist das Protokoll in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

---

### **zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung**

Zur heutigen Tagesordnung liegt ein dringlicher Antrag der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Weitergabe der Mittel für Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung vor VO/0809/2011.

Der Stadtverordnete Weidemann (SPD) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht sich der Stadtverordnete Stötzel (CDU) aus. Zum Antrag spricht Stadträtin Dr. Weinbach für den Magistrat.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Abgeordneten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken die Dringlichkeit. Damit ist das von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte 2/3-Quorum jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Anschließend erteilt der Stadtverordnetenvorsteher der ehrenamtlichen Stadträtin Marlis Sewering-Wollanek (SPD), das Wort. Sie spricht zum heutigen Gedenktag "Keine Gewalt gegen Frauen".

Sonstige Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Damit gilt die ausgedruckte Tagesordnung als genehmigt.

---

## zu 4 Fragestunde

---

### zu 4.1 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Hesse (Nr. 1 11/2011) Vorlage: VO/0778/2011**

**Die Freiwillige Feuerwehr Marburg versucht bekannt zu werden und gibt einiges Geld für Werbemaßnahmen aus und sucht gezielt Nachwuchs! Warum ist die Marburger FFW seit letztem Jahr nicht mehr im Neubürger/innen-Gutscheinheft vertreten?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Freiwillige Feuerwehr Marburg war in der Vergangenheit zwei Mal im Neubürger/innen-Gutscheinheft vertreten. Die Resonanz war nach Rücksprache mit dem Vertreter der ehrenamtlichen Kräfte, Herrn Jens Seipp, gleich Null. Aus diesem Grund wurde bei der letzten Neuauflage im Neubürger/innen-Gutscheinheft auf weitere Werbemaßnahmen für die Freiwillige Feuerwehr Marburg verzichtet, da der benötigte personelle Aufwand für regelmäßige Betreuungszeiten in keinem Verhältnis steht.

Anstelle der Werbung in dem Gutscheinheft wurde mit einem ansprechenden neuen Logo die Feuerwehr-Werbekampagne auf einem Bus der Stadtwerke Marburg GmbH gestartet.

Mit demselben Logo wurden Werbeplakate im Bereich der Hauptfeuerwache Marburg zur Stadtautobahn hin und in Marburg-Cappel am Feuerwehrhaus angebracht.

Auch wurden Briefumschläge mit dem neuen Werbelogo versehen und für Werbemaßnahmen eingesetzt.

Eine seriöse Aussage, ob diese Maßnahmen wirksam sind und waren lässt sich derzeit noch nicht beurteilen.

**zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Hesse (Nr. 2 11/2011)  
Vorlage: VO/0779/2011**

**Den neuen virtuellen Stadtrundgang auf der Marburg Internetseite finde ich sehr gelungen.**

**Ist es denn geplant, weitere Sehenswürdigkeiten auch der angrenzenden Stadtteile dort mit aufzunehmen, wie z.B.: Behring-Mausoleum, Schröcker Brunnen, etc.?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Eine Erweiterung des Virtuellen Stadtrundganges um Sehenswürdigkeiten, besondere Orte und Plätze in den Marburger Stadtteilen und auch im Marburger Land, ist grundsätzlich möglich und touristisch sinnvoll. Aufgrund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten des MTM-Marketing müssen jedoch zunächst andere Projekte in den Fokus genommen werden.

---

**zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 3 11/2011)  
Vorlage: VO/0780/2011**

**Kontrolliert das Ordnungsamt in kürzeren regelmäßigen Abständen in den äußeren Stadtteilen die Parksituation? Wird der Magistrat verstärkte Kontrollen veranlassen? Es ist nämlich zusehends der Fall, dass Bushaltestellen mit PKW zugeparkt werden oder auch in engen Kreuzungen innerhalb des 5 m Sperrbereichs geparkt wird.**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

An Bushaltestellen gilt ein eingeschränktes Haltverbot und zwar 15 m vor und nach dem Haltestellenschild. Im Kreuzungsbereich sind dies 5 m.

Im Regeldienst werden auch die kleineren Stadtteile kontrolliert. Werden dort Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung festgestellt, erfolgen Verwarnungen.

Bei parkenden PKW's, die an Bushaltestellen abgestellt werden, setzen sich die Fahrer der Busunternehmer in der Regel sofort mit dem Ordnungsamt in Verbindung, so dass umgehend entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können.

---

**zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 4 11/2011)  
Vorlage: VO/0781/2011**

*Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die kleine Anfrage schriftlich mit dem*

*Protokoll beantwortet.*

**Ist es möglich, in dem Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung (Barfüßerstraße 50) und in dem Sitzungssaal „Hohe Kante“ WLAN einzurichten?**

**Wenn ja welche Kosten würde das verursachen? Wenn nein, wieso nicht?**

Ein Antrag der Fraktionen CDU, FDP, MBL - Access Point - vom 28.08.2006 wurde damals noch vom FD 10 beantwortet.

Noch einmal zusammengefasst mit dem Stand von heute (22.11.2011):

Die Möglichkeit einer WLAN-Einrichtung ist aus technischen Gründen jederzeit möglich.

Dazu würde in beiden Räumen jeweils ein Access Point installiert, die wie gewünscht einen drahtlosen Internetzugang ermöglichen, um während den Sitzungen einen Zugriff auf das allgemeine IN und somit auch auf unser Ratsinformationssystem „Allris“ zu gewährleisten. (Ein Access Point für beide Räume reicht wegen den baulichen Gegebenheiten - Deckenkonstruktionen - nicht aus).

Über die strukturierte Verkabelung der Stadtverwaltung werden die Access Point's im Rechnerraum des Fachdienstes mit den städtischen Internet-Einrichtungen verbunden.

Bei dieser Vorgehensweise werden keine weiteren Kosten für die Nutzung oder Bereitstellung der Internet-Verbindung entstehen, da hier die vorhandenen Strukturen genutzt werden.

Durch den Einsatz eines WPA2-Schlüssels\* wird der Datentransfer der Nutzer des Access Points auf das zurzeit mögliche Maß von Zugriffen durch Hacker und Fremde geschützt. **(Eine Verschlüsselung ist aus Sicht der luK dringend notwendig!)**

Den hierzu nötigen Planungsaufwand und die Administration werden durch den FD 11 sichergestellt.

Kosten für beide Access Point's inklusiv Montage, Leitungszuführung an entsprechend ausgemessene Stellen **ca. : 1.000,00 €**

Vor der Installation sollte jedoch der Magistrat und der Stadtverordnetenvorsteher von dem Vorhaben unterrichtet werden (Eingriff / Störungen usw.).

\*Wi-Fi Protected Access (WPA2) ist eine Verschlüsselungsmethode für ein Wireless LAN. Nach dem heutigen IEEE-Standards 802.11i ist ein unberechtigter Zugriff praktisch ausgeschlossen.

Sämtliche möglichen Nutzer müssen jedoch auf den sorgsamem Umgang des benötigten Passwortes und auf festgelegte Nutzereinschränkungen hingewiesen werden und müssen diese akzeptieren.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

---

**zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 5 11/2011)  
Vorlage: VO/0796/2011**

**In der Stresemannstraße wurden die Gehwege erneuert. Damit sind die Frostschäden des letzten Winters endlich beseitigt. Aber warum wurde abschnittsweise immer wieder anderer Belag gewählt? (Mal „geteert“, mal Verbundpflastersteine) Wäre eine einheitliche Lösung nicht billiger und schöner anzusehen gewesen?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Gehweg in der Stresemannstraße zwischen Friedrich-Naumann-Straße und Wilhelmstraße (Südwestseite) bestand aus einem unfallgefährlichen Betonplattenbelag von ca. 1,20 m Breite ohne jeglichen frostsicheren Unterbau und einem Grünstreifen. Im vergangenen Winter sind die Betonplatten aufgefroren, so dass Unfallgefahr bestand. In diesem Abschnitt wurde die für uns kostengünstigste Bauweise zur Herstellung gewählt (Verbundpflaster mit frostsicherem Unterbau). Außerdem hätte wegen der oberflächennahen Baumwurzeln nicht durchgehend ein Tiefbordstein zur Einfassung von Asphaltbelägen eingebaut werden können.

In den übrigen Bereichen der Stresemannstraße sind die Gehwege asphaltiert. Hier wurde nur eine dünne Asphaltenschicht zur Reparatur aufgebracht. Ein einheitliches Bild hätte nur hergestellt werden können, indem die Bäume ausgetauscht worden wären und ein beitragspflichtiger Ausbau durchgeführt worden wäre.

---

**zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 6 11/2011)  
Vorlage: VO/0797/2011**

**Die Drehbrücke am Schwarzen Wasser soll (wie man gerüchteweise erzählt bekommt) in ihrer Drehmechanik problembehaftet sein. So wurde berichtet, dass die Kanuten mit der Lösung gar nicht so glücklich seien, weil sich in der Mechanik Dreck (z. T. von unten durch Hochwasser, z. T. von oben durch Laubfall) sammelt und der Mechanismus sehr schwergängig sei. Wie ist der Sachstand und was ist geplant, um die Probleme dauerhaft zu beseitigen?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Wie in der Anfrage schon richtig diagnostiziert, handelt es sich bei dem Problem (Drehsteg dreht nur unter großem Kraftaufwand) um Verschmutzungen.

Von den Kanuten wurden zwischenzeitlich blockierte Laufrollen vermutet. Dies hat sich nicht bestätigt. Einzelne Rollen drehen sich u. U. nicht mit, dies liegt aber daran, dass diese Rollen durch den Schmutz keinen Bodenkontakt haben.

In diesem Sommer ließen sich die Verschmutzungen vor allem auf die

Bautätigkeit zur Erstellung der durchgehenden Wegeverbindung zurückführen. Ansonsten wird der Steg im Frühjahr nach dem Hochwasser gereinigt. Speziell dazu ist der Stegbelag über dem Drehkreuz herausnehmbar. Während der Saison sind wir darauf angewiesen, dass die Kanuten auftretende Schwierigkeiten zeitnah an den Fachdienst Tiefbau melden.

Nach dem Abschluss der Baumaßnahmen kann unter den genannten Bedingungen von einem „reibunglosen“ Betrieb des Drehsteges ausgegangen werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.7      Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Busch (Nr. 7    11/2011)  
Vorlage: VO/0804/2011**

**In der Augustsitzung des Stadtparlamentes wurde einstimmig der Antrag verabschiedet: „Der Magistrat wird aufgefordert, in gemeinsamen Gesprächen mit den betroffenen Parteien zu prüfen, wie die Verkehrssituation im Bereich Diakonie für die Anwohner nachhaltig zu lösen ist.“ Gab es diesbezüglich bereits Gespräche und falls nein, für wann sind diese Gespräche geplant?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Aus terminlichen Gründen konnte das für den Herbst dieses Jahres vorgesehene Gespräch bisher noch nicht geführt werden.

Ein Gespräch mit allen Beteiligten ist für den 31. Januar 2012 terminiert. Die Einladung zu diesem Termin erfolgt Mitte Januar 2012.

---

**zu 4.8      Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 8    11/2011)  
Vorlage: VO/0798/2011**

**Welche öffentlichen Flächen stehen Kindern (ggf. mit ihren Eltern) und Jugendlichen in Nordviertel für Spiel und Bewegung zur Verfügung?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

- Rot-Kreuz-Platz
- Kinderspielplatz Afföllerwiesen
- Kinderspielplatz August-Bebel-Straße
- Sportplatz Afföllerwiesen
- Liegewiese Afföllerwiesen



- Bolzplatz Geschwister-Scholl-Schule
- Sportplatz Schützenstraße
- Kinderspielplatz An der Schäferbuche
- Kinderspielplatz St. Martin-Straße
- Bolzplatz Fuchspaß
- Lowkasche Wiese
- Schülerpark

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 9 11/2011)  
Vorlage: VO/0783/2011**

**Welche Daten / Ergebnisse standen dem Magistrat aus der letzten Schulinspektion zur Verfügung und welche Konsequenzen hat er daraus als Schulträger gezogen?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der erste Durchgang der Schulinspektion ist inzwischen für alle Marburger Schulen abgeschlossen.

Der Fachdienst Schule wurde jeweils zu den Begehungen der Schulen zu Beginn der Inspektion eingeladen und hat daran in der Regel auch teilgenommen.

Im Anschluss wurde uns allerdings lediglich ein Auszug des Inspektionsberichtes vorgelegt, der im Wesentlichen die Grunddaten der Schulen, dem Personalbestand, die Bereiche Gebäude, Gelände und Ausstattung sowie Bildungsangebote, Betreuungsangebote und Förderangebote umfasste.

Die sich daraus ergebenden Erkenntnisse, insbesondere zu den Bereichen Bau und Ausstattung, hat der FD Schule ausgewertet und mit den Schulen erörtert.

Einige Schulen haben auch den kompletten Inspektionsbericht zur Verfügung gestellt und den FD Schule zur Auswertungskonferenz eingeladen; dadurch konnten weitere interessante Erkenntnisse zum Schulprofil und zur pädagogischen Schwerpunktsetzung erworben werden.

In der nun begonnenen 2. Schulinspektion ist der Schulträger leider nicht mehr beteiligt. Der Schulträger erhält lediglich einen kleinen Teil des Inspektionsberichtes, nämlich die Ergebnisse einer Online-Befragung der Schulgemeinde.

Die Stadt Marburg hat, unterstützt durch den Hessischen Städtetag und andere Schulträger, gegen diese Nichtbeteiligung protestiert; eine Veränderung des Verfahrens konnte jedoch nicht erreicht werden.

Die Marburger Schulleiterinnen und Schulleiter wurden gebeten, die Fachdienstleiterin Schule zu den Auswertungskonferenzen in den Schulen einzuladen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin (SPD) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

**zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 10 11/2011)  
Vorlage: VO/0785/2011**

*Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll gegeben.*

**Der Magistrat wird um Auskunft gebeten, wie der Planungsstand von neu herzustellenden Kunstrasen-Fußballplätzen ist und gleichzeitig erbitte ich Mitteilung, wie der Zeitplan einer Prioritätenliste z. B. für die Orte Bauerbach, Michelbach, Schröck usw. aussieht.**

Im Rahmen der Sportentwicklungsplanung hat sich gezeigt, dass Kunststoffrasenfußballplätze nicht nur im Trend liegen, sondern dass es viele handfeste Argumente dafür gibt, weshalb nicht nur die veralteten Tennenplätze, die nicht mehr zeitgemäß sind, in moderne Kunststoffrasenplätze umgebaut werden sollten.

Für Michelbach hat sich im Rahmen der Sportentwicklungsplanung eine Lösung ergeben, die davon ausgeht, das jetzige Hauptsportgelände am Lorch zukünftig für die Bebauung frei zu geben und alle fußballerischen Aktivitäten auf das Sportfeld am Wall zu verlagern.

Will man dieses Konzept weiter verfolgen, hieße das, zunächst den Tennenplatz „Am Wall“ in einen Kunststoffrasenplatz umzubauen, den Spielbetrieb zu verlagern und danach oder parallel in eine Vermarktung zur Refinanzierung einzutreten.

Es gibt keine Prioritätenliste für den Bau von Kunststoffrasenfußballplätzen in Marburg, da hier in einer steten Diskussion mit den Beteiligten die Abwicklung besprochen wird.

Die städtische Sportverwaltung ist bei Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel jederzeit in der Lage einen oder auch zwei Plätze auszuschreiben und sofort zu bauen.

Insoweit ist auch auf das Investitionsprogramm 2013 ff. hinzuweisen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

---

**zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 11 11/2011)  
Vorlage: VO/0786/2011**

**Ich bitte um eine Aufstellung der einzelnen Kosten zur Erneuerung in der Otto-Ubbelohde-Schule: Turmzimmer, Werkraum, Eingangstür.**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Folgende Renovierungsmaßnahmen sind vorgesehen:

Turmzimmer/Treppenhäuser/Werkraum/Küche

- = Erneuerung des Bodenbelages
- = neue Prallschutzwände
- = Ergänzung Elektroinstallation
- = vorh. Gebäudeeingangstür denkmalgerecht aufarbeiten und streichen
- = Sandsteinsanierung (innen)
- = Anstrich Treppenhäuser (innen)
- = Abdichtungsarbeiten gegen aufsteigende Feuchtigkeit in Innenwänden
- = Abbrechen von Wandfliesen (Flure) und Verputzen der Wände
- = Schallschutzmaßnahmen im Küchenbereich

Gesamtkosten einschl. Nebenkosten und Zwischenlagerung von Mibiliar  
125.000,00 €.

Folgende Renovierungsmaßnahmen sind vorgesehen:

Turmzimmer/Treppenhäuser/Werkraum/Küche

- = Erneuerung des Bodenbelages
- = neue Prallschutzwände
- = Ergänzung Elektroinstallation
- = vorh. Gebäudeeingangstür denkmalgerecht aufarbeiten und streichen
- = Sandsteinsanierung (innen)
- = Anstrich Treppenhäuser (innen)
- = Abdichtungsarbeiten gegen aufsteigende Feuchtigkeit in Innenwänden
- = Abbrechen von Wandfliesen (Flure) und Verputzen der Wände
- = Schallschutzmaßnahmen im Küchenbereich

Gesamtkosten einschl. Nebenkosten und Zwischenlagerung von Mobiliar  
125.000,00 €.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 12 11/2011)  
Vorlage: VO/0799/2011**

**Bitte um eine Kostenaufstellung für das im Haushaltsentwurf vorgesehene AquaMar-Froschkostüm/Maskottchen.**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Es liegt bisher ein schriftliches Angebot vor. Hiernach belaufen sich die Kosten für das Kostüm auf 2.400,00 € (s. Anlage Angebot). Vor Auftragsvergabe werden noch zwei weitere Angebote eingeholt.

---

**zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 13 11/2011)  
Vorlage: VO/0805/2011**

**Wird das Uni-Sportzentrum (Jahnstraße) von dem Blockheizkraftwerk des städtischen Schwimmbades mit Wärme und Strom beliefert?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Wärmeversorgungssystem „Jahnstadion / AquaMar“ besteht aus einem Wärmeverteils-Netz mit den Wärmeabnehmern AquaMar, AquaMar-Sprunghalle (Neubau) und den Liegenschaften Jahnstadion (2 x Sporthalle).

Die Grundlast der Wärmeversorgung wird über das Blockheizkraftwerk (Standort AquaMar Sprunghalle) und die Spitzenlast über den Gasbrennwertkessel (Standort Jahnstadion) erzeugt.

Über den Wärmeverbund ist eine anteilige Versorgung der Liegenschaften mit Wärme aus dem Blockheizkraftwerk AquaMar gegeben, praktisch wird die größte Wärmemenge von dem größten Wärmeabnehmer dem AquaMar verbraucht. Der Strom wird in das vorgelagerte Stromnetz eingespeist und in räumlicher Nähe (hier AquaMar und Umgebung) verbraucht.

---

**zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 14 11/2011)  
Vorlage: VO/0801/2011**

**Kann der Magistrat Auskunft darüber geben, wann tegut in Cappel mit seiner geplanten Bebauung/Sanierung beginnen wird?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Baugenehmigung für den Umbau des tegut-Marktes in Cappel wurde am 26.05.2011 erteilt.

Eine Baubeginnsanzeige liegt derzeit nicht vor.

Zwischenzeitlich wurde von der Bauherrschaft dem FB 6 (Planen, Bauen und Umwelt) mitgeteilt, dass eine Änderung der Planung beabsichtigt ist. Hierzu liegt dem Fachdienst Bauaufsicht als zuständige Genehmigungsbehörde noch kein Bauantrag vor.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schaffner (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister und Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 15 11/2011)  
Vorlage: VO/0787/2011**

**Wer trägt die Kosten der Grünflächenpflege von den einzelnen Sportplätzen?**

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel:

Die Kosten der Sportflächenpflege für die städtischen Sportplätze werden in der Regel von der Stadt getragen, Ausnahme: Marbach. Hier pflegt der Verein in eigener Verantwortung bei fachlicher Unterstützung durch den Fachdienst 42/Sport.

---

**zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Joachim Brunnet (Nr. 16 11/2011)  
Vorlage: VO/0788/2011**

**Wie hoch ist die Auslastung der Sporthallen und Sportplätze durch den Schulsport und in welchem Zeitraum?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Schuljahr 2011/2012 sind die städtischen Sporthallen mit nahezu Einhundert Prozent ausgelastet. Eine Belegungsverdichtung wird mit dem Baubeginn zur Sanierung der Richtsbergsporthalle erwartet.

Zur Nutzung der Außensportanlagen gibt es keine statistischen Erhebungen. Es ist jedoch bei gutem Wetter eine rege Inanspruchnahme der gesamten Außensportanlagen im Stadion zu beobachten.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Joachim Brunnet (Nr. 17 11/2011)  
Vorlage: VO/0790/2011**

**Wer trägt die Kosten zur Beseitigung von Schäden, die durch den Schulsport entstanden sind?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei Schäden aufgrund von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit wird versucht, diese vorrangig auf Kosten der Verursacher zu beseitigen.

Alle anderen Schäden werden aus den Unterhaltungsmitteln des Fachdienstes 42/Sport bzw. Fachdienst 65/Hochbau beseitigt.

---

**zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Philipp Stompfe (Nr. 18 11/2011)**

**Vorlage: VO/0808/2011**

**Wie ist der aktuelle Stand über die zukünftige Nutzung des Waggonhallengeländes und gibt es bereits einen konkreten Termin zur Unterzeichnung des Kaufvertrages mit der Deutschen Bahn AG?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Mit dem geplanten Grunderwerb des Waggonhallenareals durch die GeWoBau als Sanierungsträger und Treuhänder der Stadt Marburg erhalten die bisherigen Nutzer auf dem Gelände in Zukunft eine gesicherte Perspektive. Gleichzeitig zeichnen sich für die bisher ungenutzten Gebäude neue Nutzungsinteressen ab. So plant der Deutsche Alpenverein e.V., Sektion Marburg, 2/3 die ehemalige Reithalle zu einer Kletterhalle umzunutzen. Das Konzept wurde dem Magistrat im Juli 2011 vorgestellt. Darüber hinaus interessieren sich verschiedene Nachfrager für den Ringlokschuppen bzw. für Teilflächen des Ringlokschuppens. So hat sich die JUKO Marburg e.V. (Jugendkonflikthilfe) als möglicher Betreiber eines Hotelbetriebs vorgestellt und würde hierfür 2/3 der Grundfläche vom Lokschuppen benötigen. Arbeit und Bildung e.V. hat ebenfalls sein grundsätzliches Interesse an einer Teilfläche bekundet, um seine verstreuten Standorte im Lokschuppen zu konzentrieren. Des Weiteren ist der „Christustreff“ an einer Teilnutzung des Lokschuppens und des angrenzenden Werkstattgebäudes als Veranstaltungs- und Versammlungsstätte sowie als Medienwerkstatt interessiert. Darüber hinaus würde die Kunstwerkstatt Marburg e.V. für eine Verlagerung aus der Universitätsstraße 4 eine Fläche von ca. 200 qm benötigen, die ggf. auch in den derzeit ungenutzten Gebäuden auf dem Waggonhallenareal zur Verfügung gestellt werden könnte. Ein ausführlicher Sachstandsbericht zu den vorgenannten Nutzungsinteressen wird den kommunalen Gremien in Kürze von Fachdienst 61 vorgelegt.

Zur Unterzeichnung des im Entwurf vorliegenden Kaufvertrags wurde vorbehaltlich der Zustimmung durch die städtischen Gremien für den 19.12.2011 ein Notartermin vereinbart.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Hussein (SPD) und Becker (MBL) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Philipp Stompfe (Nr. 19 11/2011)**

**Vorlage: VO/0800/2011**

**Inwieweit gibt es Planungen von Seiten der Stadt, für mögliche Altlasten, Bodenverschmutzungen, notwendige Dachsanierungen etc., finanziell aufzukommen?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Unter der Voraussetzung, dass das Waggonhallenareal gemeint ist, lässt sich zu den jeweilig angefragten Sachverhalten, festhalten:

a) Altlasten: die festgestellte Grundwasserverunreinigung wird gemäß genehmigten Sanierungsplan, welcher wiederum ab dem 24.11.2011 umgesetzt wird, von/auf Kosten der Bahn AG saniert,

b) Bodenverschmutzungen (im Sinne von Abfällen): im (Standard-) Kaufvertrag zwischen der aurelis Real Estate GmbH & Co. KG bzw. der DB-Netz wird eine Regelung getroffen, dass eventuell entstehende Mehrkosten für die Deponierung verunreinigtem Bodenmaterials bis LAGA 2 (Grad der Verunreinigung) vom Käufer zu übernehmen sind; Kosten für stärker verunreinigtem Material werden dann von der Bahn AG übernommen,

c) Dachsanierungen: der Kaufgegenstand wird - vorbehaltlich der Kaufentscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung - „mit allen gesetzlichen Bestandteilen, Aufbauten und sämtlichem Zubehör, soweit sie im Eigentum des Verkäufers stehen und nachfolgend nicht etwas Abweichendes vereinbart wird“ übernommen, d. h. mit allen Rechten (Erträge) und Pflichten (in diesem Fall Gebäudeunterhalt).

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.20 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wieland Stötzel (Nr. 20 11/2011)**

**Vorlage: VO/0802/2011**

**Wie steht der Magistrat zu den Überlegungen, das ehemalige Volksbankgelände als Teil der "neuen" juristischen Fakultät zu nutzen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Unter Berücksichtigung der Wettbewerbsergebnisse für den Rudolphsplatz wäre eine solche Entwicklung denkbar.

***Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 21 bis 24 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.***

---

**zu 12 Bauleitplanung der Stadt Marburg  
Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Am Engelsberg  
im Stadtteil Marbach  
Vorlage: VO/0711/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Die Stadtverordnete Sell (SPD) hat im Bau- und Planungsausschuss um die Aufnahme einer Protokollnotiz gebeten, dass die übrigen im Rahmenplan Marbach enthaltenen ökologischen Trittsteine in ihrem Bestand unangetastet bleiben sollen.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Sell (SPD) und Bauder-Wöhr (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Gegenstimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Enthaltung der Piraten Partei mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Die Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 24/4, 9. Änderung „Am Engelsberg“ gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.  
Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt.**

---

**zu 13 Verkauf eines städtischen Baugrundstückes im Stadtgebiet  
Vorlage: VO/0714/2011**

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft zusammen mit diesem Tagesordnungspunkt den Tagesordnungspunkt

**19.2 Antrag Fraktion Marburger Linke betr. Germanenplatz  
VO/0548/2011** auf.

Wie im Ältestenrat vereinbart, sollen Sie gemeinsam mit Aussprache beraten werden.

Zum Tagesordnungspunkt 13 hat die Fraktion Marburger Linke einen



Änderungsantrag vorgelegt, der noch zur Abstimmung aufgerufen wird.

Zunächst folgen die Berichte aus den Ausschüssen.

### **Zu TOP 13:**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Meyer (SPD). Die Fraktion Marburger Linke hat im Bau- und Planungsausschuss vorgetragen, lediglich den Punkt 2 der Beschlussvorlage zustimmen zu wollen und hat getrennte Abstimmung beantragt.

Der Ausschuss empfiehlt somit zu den Punkten 1, 3 und 4 der Beschlussvorlage gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke die Zustimmung.

Zum Punkt 2 der Beschlussvorlage empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Der Sozialausschuss hat zum TOP 13 ebenfalls in getrennter Abstimmung die gleiche Empfehlung beschlossen wie der Bau- und Planungsausschuss.

Aussprache wurde angemeldet.

### **Zum TOP 19.2:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist im Bau- und Planungsausschuss zunächst ein Antrag auf Erledigterklärung der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt worden.

Zum Antrag selbst hat der Bau- und Planungsausschuss die Ablehnung empfohlen.

Aussprache wurde auch hierzu angemeldet.

### **Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke zum TOP 13:**

**Der Beschlusstext der Vorlage wird in Absatz 2 ergänzt durch: "Diese Bedingung wird über eine Eintragung in das Grundbuch abgesichert."**

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 13 und 19.2.

Es sprechen die Stadtverordneten Bauder-Wöhr (Marburger Linke), Stompfe (CDU), Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen), Köster (Marburger Linke), Severin (SPD). Für den Magistrat spricht der Bürgermeister. Anschließend spricht erneut der Stadtverordnete Köster (Marburger Linke).

Da im Wortbeitrag des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) Formulierungen enthalten sind, die im Hause auf Widerspruch stoßen, beantragt der Stadtverordnete Stompfe die Einberufung des Ältestenrates. Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von 18:10 Uhr bis 19:05 Uhr.

*Während der soeben stattgefundenen Aussprache hat von 17:45 Uhr bis 17:55 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.*

Nach Fortsetzung der Sitzung erläutert der Stadtverordnetenvorsteher den zahlreich anwesenden Zuschauern die Aufgabe des Ältestenrates, der in der soeben stattgefundenen Sitzungspause getagt hat. Sodann erteilt der Stadtverordnetenvorsteher dem Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) das Wort zum Vortrag einer Erklärung, die auch eine Entschuldigung bezüglich des vorher Ausgeführten beinhaltet.

Anschließend spricht der Stadtverordnete Schalauske (Marburger Linke). Nach Beendigung der Aussprache folgen die Abstimmungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst zum vorgetragenen Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

### **Der Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 13 wird abgelehnt.**

Dazu erklärt der Bürgermeister für den Magistrat, dass die von der Fraktion Marburger Linke beantragte Bedingung nicht ins Grundbuch eingetragen werden könnte.

### **Beschlussfassung zum TOP 13, Ziffern 1, 3 und 4 des Beschlusstextes**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

#### **1. Die Stadt Marburg verkauft**

**das an der Weintrautstraße gelegene Baugrundstück (ehemaliger Germanensportplatz) in Größe von 7.910 qm,**

**Gemarkung Marburg, Flur 11, Flurstücke 49/27, 50/19, 50/21, 79/15 und 79/17**

**- eingetragen im Grundbuch von Marburg, Blatt 12.011 -**

**an die UBG, Unternehmensberatung und Betreuung GmbH Marburg, zu einem Verkaufspreis von insgesamt 1.995.000,- €.**

#### **3. Die Kosten der kaufvertraglichen Abwicklung und grundbuchmäßigen Durchführung gehen zu Lasten des Erwerbers.**

#### **4. Vom Gesamtkaufpreis erstattet wird ein Teilbetrag von 521.545,90 € an Frau Brigitte Klein-Liening, Carl-Strehl-Straße 9, 35039 Marburg als Inhaberin eines dinglich gesicherten Rückkaufsrechtes an einer Teilfläche von 2.481 qm des Gesamtgrundstücks aufgrund bestehender Vereinbarung und Voraussetzung eines lastenfreien Verkaufes.**

**Beschlussfassung zum TOP 3, Ziffer 2 des Beschlusstextes**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 2. Der Verkauf erfolgt unter der Bedingung, dass eine komplette Erdgeschosssetage (ca. 300 qm) für ein Pflegeprojekt verkauft bzw. dauerhaft vermietet wird.**

Anschließend erklärt die Stadtverordnete Bauder-Wöhr (Marburger Linke), auf die Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 19.2 zu verzichten, da dies mit der soeben erfolgten Beschlussfassung bereits erledigt sei.

---

**zu 15      Wirtschaftsplan                      2012                      für                      den                      DBM  
Vorlage: VO/0719/2011**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Schalauske (Marburger Linke) und Stadträtin Dr. Weinbach für den Magistrat.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Gegenstimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorgelegten Wirtschaftsplan des DBM für das Geschäftsjahr 2012 zu.**

---

**zu 16      Wirtschaftsplan      2012      der      Stadtwerke      Marburg      GmbH  
Vorlage: VO/0736/2011**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Schalauske (Marburger Linke) und Bürgermeister Dr. Kahle für den Magistrat.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Dem Wirtschaftsplan 2012 der Stadtwerke Marburg GmbH wird zugestimmt.**

---



**Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Eröffnungsbilanz der Universitätsstadt Marburg zum 01.01.2009 in der beigefügten Fassung des Prüfberichtes des Prüfungsamtes vom 10.10.2011 mit Erläuterungen und Anhängen fest und nimmt den Bericht des Prüfungsamtes zur Kenntnis.**

---

**zu 7      Seniorenbeirat - Wahl eines Mitgliedes der CDU-Fraktion  
Vorlage: VO/0668/2011**

Die Vorlage wurde in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Dem Wahlvorbereitungsausschuss hat der bereits in der Vorlage aufgeführte Wahlvorschlag der CDU-Fraktion vorgelegen. Demnach soll der Stadtverordnete August Scherer als Nachfolger für die ausgeschiedene Stadtverordnete Hannelore Gottschlich in den Seniorenbeirat entsandt werden. Weitere Vorschläge wurden nicht vorgetragen.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu folgen.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung wird anders lautender Vorschlag vorgetragen. Eine geheime Abstimmung wird nicht verlangt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Stadtverordnete August Scherer, CDU-Fraktion, wird in den Seniorenbeirat entsandt.**

---

**zu 8      Wahl von zwei Mitgliedern der Betriebskommission des  
Eigenbetriebes "Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg"  
Vorlage: VO/0676/2011**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Gemäß Vorlage ist eine wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Person und ein Stellvertreter/in in die Betriebskommission des Eigenbetriebes DBM zu entsenden.

Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen in seiner heutigen Sitzung folgende Wahlvorschläge vor:

1. eine wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Person

Wahlvorschlag Bündnis 90/Die Grünen: Hans-Werner Seitz

Wahlvorschlag Marburger Linke: Peter Böcher

2. eine wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Person als Stellvertreter/in

Wahlvorschlag Bündnis 90/Die Grünen: Rainer Floherschütz

Eine geheime Abstimmung wurde im Wahlvorbereitungsausschuss nicht beantragt. Der Ausschuss empfiehlt daher der Stadtverordnetenversammlung, die Wahlen auf Grund der vorliegenden Wahlvorschläge offen durch Handzeichen durchzuführen.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung wird eine geheime Abstimmung nicht verlangt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst die Wahl der wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrenen Person durchführen:

Der Wahlvorschlag Hans-Werner Seitz erhält die Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, BfM, Piraten Partei und MBL.

Der Wahlvorschlag Peter Böcher erhält die Stimmen der Fraktion Marburger Linke.

**Damit ist der Stadtverordnete Hans-Werner Seitz (Bündnis 90/Die Grünen) in die Betriebskommission des Eigenbetriebes "Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg" gewählt.**

Wahl der wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrenen Person als Stellvertreter:

Der Wahlvorschlag Bündnis 90/Die Grünen, Rainer Floherschütz, erhält die Stimmen des gesamten Hauses.

**Somit ist Herr Rainer Florschütz als stellvertretende wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrende Person in die Betriebskommission des Eigenbetriebes "Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg" gewählt.**

---

zu 9      **Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg**  
- **Bebauungsplan Nr. 7/4 Fährnichsweg in Marburg**  
- **Bericht über das Ergebnis der Prüfung, der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen**  
- **Satzungsbeschluss**  
- **Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes**  
**Vorlage: VO/0643/2011**

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert das Haus, dass der Stadtverordnete Simon (SPD) wegen möglicher Interessenkollision gem. § 25 HGO den Sitzungssaal verlassen hat und keine Möglichkeit hat, der Verhandlung optisch oder akustisch zu folgen.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Ja-Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**1. Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs.2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:**

- a) Die unter den Nummern 8 und 16 angeführten Stellungnahmen werden berücksichtigt.
- b) Die unter den Nummern 6 und 7 angeführten Stellungnahmen werden teilweise berücksichtigt.

c) Die unter den Nummern 1 - 5 und 9 - 15 angeführten Stellungnahmen werden nicht berücksichtigt.

Die Grundzüge der Planung werden hiervon nicht berührt.

**2. Der Bebauungsplan 7/4 „Fährnichsweg“ mit Begründung wird gemäß § 10 Abs.1 BauGB als Satzung beschlossen.**

**3. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes 7/4 „Fährnichsweg“ werden als Gestaltungssatzung gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) beschlossen.**

---

**zu 11 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg  
Teiländerung des Flächennutzungsplans Nr. 6/5 im Bereich der  
Kernstadt; Ortenberg  
hier: Fortführung des Verfahrens in 2 Abschnitten  
Beschluss zur Offenlage für den 1. Verfahrensabschnitt (südlicher  
Teilbereich)  
Vorlage: VO/0678/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Die am 29.06.2007 beschlossene Teiländerung Nr. 6/5 des Flächennutzungsplanes wird in zwei Verfahrensabschnitten - für die Teilbereiche südlich = 1. Verfahrensabschnitt und nördlich des Jägertunnels = 2. Verfahrensabschnitt - fortgeführt.**
- 2. Dem Entwurf der Teiländerung Nr. 6/5, 1. Verfahrensabschnitt (südlicher Teilbereich) wird zum Zwecke der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB zugestimmt.**

---

**zu 10 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg  
Bebauungsplan Nr. 6/12 Bahnflächen, 1. Verfahrensabschnitt  
hier: Fortführung des Verfahrens in 2 Abschnitten  
Beschluss zur Offenlage für den 1. Verfahrensabschnitt (südlicher  
Teilbereich)  
Vorlage: VO/0677/2011**

Der Stadtverordnetenvorsteher weist erneut daraufhin, dass der Stadtverordnete Simon (SPD) wegen möglicher Interessenkollision den Sitzungssaal verlassen hat und keine Möglichkeit hat, der Beratung und Beschlussfassung optisch oder akustisch zu folgen.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Das am 29.06.2007 eingeleitete Bebauungsplanverfahren Nr. 6/12 wird in zwei Verfahrensabschnitten - für die Teilbereiche südlich = 1. Verfahrensabschnitt und nördlich des Jägertunnels = 2. Verfahrensabschnitt - fortgeführt.**
  - 2. Dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 6/12, 1. Verfahrensabschnitt (Bahnflächen südlich des Jägertunnels) wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB zugestimmt.**
-



**zu 14 Bestellung des Wirtschaftsprüfers des DBM für das Geschäftsjahr 2011**  
**Vorlage: VO/0717/2011**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Bestellung der GBZ Revisions- und Treuhand AG, Schubertstraße 8b, 35043 Marburg als Wirtschaftsprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM) zu.**

---

**zu 17 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments**

---

**zu 17.1 Antrag des KiJuPa betr. Kritische Überprüfung der Preiserhöhung für das Mittagessen in Schulcafeterien**  
**Vorlage: VO/0728/2011**

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden und dort für erledigt erklärt worden.

**Eine Abstimmung erübrigt sich daher.**

---

**zu 17.2 Antrag des KiJuPa betr. Renovierung der Schultoiletten (mit Ausnahme der Unterstufentoiletten) des Gymnasiums Philipinum**  
**Vorlage: VO/0729/2011**

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden und dort für erledigt erklärt worden.

**Eine Abstimmung erübrigt sich daher.**

---

**zu 18 Dringlichkeitsanträge**

Es wurde kein Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

---

**zu 19 Anträge der Fraktionen**

---

**zu 19.1 Antrag der B90/Die Grünen-Fraktion betr. Projekt "Sozialer Klimaschutz" Richtsberg  
Vorlage: VO/0307/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss ausführlich beraten worden. Er hat dort folgenden Beschlusstenor bekommen:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

**Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Mieterinnen und Mietern, den Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften zu erreichen, dass durch Modernisierungsmaßnahmen der Energieverbrauch für Heizung und Warmwasser um bis zu 80% gesenkt wird. Gleichzeitig muss erreicht werden, dass die Wohnkosten aus Miete, Nebenkosten und Energiekosten durch die energetische Modernisierung der Wohnhäuser nicht steigen. Bis Ende 2012 sollen die ersten zwei Projekte am Richtsberg geplant, umgesetzt und baldmöglichst evaluiert werden.**

In dieser Fassung des Antrages sind die Fraktionen SPD und Marburger Linke beigetreten. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der geänderten Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu der geänderten Antragsfassung.

Auch der Sozialausschuss hat den Antrag beraten. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Auch der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der wie vor geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Piraten Partei und Zustimmung der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Mieterinnen und Mietern, den Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften zu erreichen, dass durch Modernisierungsmaßnahmen der Energieverbrauch für Heizung und Warmwasser um bis zu 80% gesenkt wird. Gleichzeitig muss erreicht werden, dass die Wohnkosten aus Miete, Nebenkosten und Energiekosten durch die energetische Modernisierung der Wohnhäuser nicht steigen. Bis Ende 2012 sollen die ersten zwei Projekte am Richtsberg geplant, umgesetzt und baldmöglichst evaluiert werden.**

---

**zu 19.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Germanenplatz-Bebauung  
Vorlage: VO/0548/2011**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 13 aufgerufen.

---

**zu 19.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mindestlohn bei der Stadt  
und den städtischen Tochtergesellschaften  
Vorlage: VO/0630/2011**

Auf Wunsch der antragstellenden Fraktion wird die Vorlage vertagt.

---

**zu 19.4 Antrag der FDP-Fraktion betr. Kreisumlage  
Vorlage: VO/0637/2011**

Die FDP-Fraktion zieht den Antrag zurück. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

**zu 19.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Ampelschaltungen im Bereich  
Erlenring  
Vorlage: VO/0652/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag hat im Umweltausschuss folgenden geänderten Beschlusstext erhalten:

"Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob eine Optimierung der Ampelschaltung im Bereich Erlenringcenter für alle Verkehrsteilnehmer möglich ist."

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob eine Optimierung der**

**Ampelschaltung im Bereich Erlenringcenter für alle Verkehrsteilnehmer möglich ist.**

---

**zu 19.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Fahrradfahrer  
Vorlage: VO/0653/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert, sich des Problems der unbeleuchteten Radfahrer in der Nacht anzunehmen.**

---

**zu 19.7 Antrag der CDU-Fraktion betr. Ausschilderung Neuer Botanischer Garten  
Vorlage: VO/0654/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag hat im Umweltausschuss folgenden geänderten Beschlusstext erhalten:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob an den Abfahrten von der Stadtautobahn und in der Stadt Hinweisschilder zum "Neuen Botanischen Garten" angebracht werden können.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung zu der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob an den Abfahrten von der Stadtautobahn und in der Stadt Hinweisschilder zum "Neuen Botanischen Garten" angebracht werden können.**

---

**zu 19.8 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Gewinnung von Windenergie in der Region - Standortsicherung  
Vorlage: VO/0660/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtwerke Marburg werden aufgefordert, sich in den nächsten Monaten, über die Entwicklung von Standorten im Stadtgebiet Marburgs hinaus, in Abstimmung mit den jeweiligen Kommunen Standorte für die Errichtung von 10 bis 20 Windkraftanlagen mit einer Leistung von jeweils mindestens 2 Megawatt an den ertragreichsten Windlagen (> 6 m/s in 100m ü. GOF) in der Region zu sichern und mit den jeweiligen Kommunen und den Grundstückseigentümern der konkret als Standort infrage kommenden Flächen entsprechende Verträge abzuschließen.**

---

**zu 19.9 Antrag der MBL-Fraktion betr. Geschwindigkeitsbeschränkung  
Vorlage: VO/0704/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordneten Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat möge sich bei der Straßenverkehrsbehörde dafür einsetzen, dass die Geschwindigkeitsreduktion von 70 km/h auf 50 km/h im Bereich um das neue Parkhaus der Chemie bzw. Baustelle der neuen Chemie in Richtung Hans-Meerwein-Straße über die Kreuzung der Straßen Auf den Lahnbergen / Conradistraße / Hans Meerwein-Straße hinaus verlängert wird.**

---

**zu 19.10 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen  
betr. Prüfung von Postfächern für Stadtverordnete  
Vorlage: VO/0713/2011**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Marburger Linke sowie bei Enthaltung von CDU, FDP, MBL, BfM und Piraten Partei folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist, für die Stadtverordneten Postfächer einzurichten, damit die Post gesammelt einmal wöchentlich zugesandt werden kann.**

---

**zu 19.11 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Weltkulturerbe  
Vorlage: VO/0715/2011**

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Er wurde dort

zurückgestellt bis zur Januarsitzung.

**Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Januarsitzung.**

---

**zu 19.12 Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Die Grünen betr. Blockheizkraftwerk Waldtal  
Vorlage: VO/0716/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Stadtverordnete Brunnet (CDU) hat darum gebeten, folgende Protokollnotiz aufzunehmen: "Im Rahmen des Prüfantrages soll auch geprüft und berichtet werden, wie viel Festmeter Holz bei der Realisierung vermutlich pro Jahr zur Feuerung der Anlage benötigt werden."

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Stadt Marburg soll in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Marburg prüfen, ob im Stadtteil Waldtal die Mietwohnungen der Wohnungsbaugesellschaften GEWOBAU, Wohnstatt, GWH und die Studentenwohnheime des Studentenwerkes zukünftig durch ein Blockheizkraftwerk (Kraft-Wärme-Kopplung) - möglichst mit Holz aus der näheren Umgebung - kostengünstig beheizt werden können.**

**zu 19.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufhebung der Altersgrenze für Stadtführer und Stadtführerinnen in Marburg  
Vorlage: VO/0724/2011**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss ausführlich beraten worden. Er wurde dort auf folgende Antragsfassung abgeändert:

"Der Magistrat wird aufgefordert, die AG Stadtführer/innen zu bitten, eine mögliche Aufhebung der Altersgrenze zu überdenken."

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert, die AG Stadtführer/innen zu bitten, eine mögliche Aufhebung der Altersgrenze zu überdenken.**

---

**zu 20 Kenntnisnahmen**

---

**zu 20.1 Kooperation von Sportvereinen mit Schulen – Beschluss der  
Stadtverordnetenversammlung vom 28.01.2011  
Vorlage: VO/0691/2011**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung im **21.06 Uhr**.

---

**Löwer**  
Stadtverordnetenvorsteher

**Rink**  
Vorsitzender  
der SPD-Fraktion

**Stompfe**  
Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

**Wagner**  
Protokoll und  
Geschäftsstelle

**Anlagen**

Schriftliche Beantwortung der kleinen Anfragen Nr. 21-24  
Dringlichkeitsantrag